

# NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt  
OBERRFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE  
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 223 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Mittwoch, 25. September 1968

Einzelpreis 30 Pf

## Unglücksserie bei der Luftwaffe

**BONN (UPI).** Die Bundeswehr verlor gestern Abend ihren 88. Düsenjäger vom Typ „F 104 G Starfighter“.

Eine Maschine des Jagdgeschwaders 71 „Richtofen“ stürzte beim Flugplatz Wittmund aus bisher ungeklärter Ursache ab und fiel auf unbebautes Gelände. Wie das Bundesverteidigungsministerium in Bonn mitteilte, konnte sich der Pilot, Major Reinhard Prinz, mit dem Schleudersitz aus der abstürzenden Maschine retten.

Ein anderer Starfighter der Bundeswehr wurde gestern schwer beschädigt, als er nach einem Triebwerkschaden auf dem Flugplatz Ramstein notlandete und dabei mit erheblicher Geschwindigkeit über die Landebahn hinaus rollte.

## Tito spricht von „ernster Weltlage“

**Belgrad verurteilt erneut CSSR-Invasion - Verschiebung der KP-Weltkonferenz**

**BELGRAD/PRAG (dpa).** Mit allem Nachdruck haben sich gestern höchste jugoslawische Führer, an ihrer Spitze Staats- und Parteichef Tito, gegen eine Politik der Gewalt gegenüber kleinen Staaten gewandt und warnend auf die Gefahr eines weltweiten Konfliktes hingewiesen.

Tito nannte die gegenwärtige Lage in der Welt „sehr ernst und beunruhigend“. Wieder entwickelte sich eine Lage, „die die Menschheit mit einem neuen weltweiten Konflikt bedroht“, sagte er bei einem Bankett für den äthiopischen Kaiser Haile Selassie auf der Adria-Insel Brioni. Einige Mächte versuchten, anderen Völkern mit Gewalt etwas aufzuzwingen, was gegen deren Bestre-

bungen, deren Unabhängigkeit und eigenen Weg zu einer glücklichen Zukunft sei. Sie seien der Ansicht, „daß allein militärische Macht das Recht hat, über die Zukunft einzelner Völker zu entscheiden“. In diesem Zusammenhang erwähnte Tito, Vietnam, die Nahost-Frage und die Tschechoslowakei.

Ähnlich äußerte sich der jugoslawische Ministerpräsident Spiljak

vor dem Parlament in Belgrad. Die Intervention in der CSSR habe positive Bewegungen in Europa in Frage gestellt und Sicherheit und Unge- wöhnheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Lage herbeigeführt.

Die Politik der Stärke und die Politik des Drucks auf die Unabhängigkeit und freie Entwicklung kleiner Völker könnten bei Jugoslawien niemals Verständnis finden, erklärte Parlamentspräsident Milentje Popovic in derselben Sitzung. Im Zusammenhang mit der CSSR sagte er, in noch drastischerer Form sei „die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner und unabhängiger Länder aus sogenannten „ideologischen Gründen“ wiederbelebt worden“.

**Moskau-Reise erneut verschoben**

Der zunächst für den vergangenen Freitag und dann für Anfang dieser Woche erwartete Besuch des tschechoslowakischen KP-Chefs Dubcek in Moskau ist allem Anschein nach erneut verschoben worden. Gleichzeitig wird in der sowjetischen Hauptstadt damit gerechnet, daß die für den 25. November anberaumte KP-Weltkonferenz wegen des negativen Echos westlicher Parteien auf die CSSR-Intervention auf einen späteren Termin verlegt wird.

Hauptgrund für die Verschiebung der Reise soll eine Kontroverse zwischen Moskau und Prag über die Person Dubceks gewesen sein. Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise hatten in Prag erklärt, die Sowjets hätten ihn schon in der vergangenen Woche nicht als Parteichef und Führer der Delegation anerkennen wollen. Dem sollen sich jedoch mit Erfolg Staatspräsident Ludvik Svoboda und sämtliche andere Führungspersönlichkeiten Prags widersetzt haben.

In der tschechoslowakischen Bevölkerung genießt Dubcek allem Anschein nach trotz der Haltung Moskaus weitgehende Unterstützung.

**Sowjets fordern Winterquartiere für 100 000 Soldaten**

Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in London sollen die Sowjets die tschechoslowakische Regierung ersucht haben, für 80 000 bis 100 000 Sowjetsoldaten in der CSSR Winterquartiere bereitzustellen. Wie es heißt, ist die Hauptmacht dieser Streitkräfte dazu ausersahen, auf unbestimmte Zeit die Westgrenzen der CSSR zu bewachen.

## Vier Tote bei Unruhen in Mexiko



EIN OPFER der Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Studenten wurde dieser junge Demonstrant. Von einer Kugel wurde er schwer verletzt und von Polizisten in ein Krankenhaus gebracht.

**MEXIKO-STADT (UPI).** Nach einem blutigen Feuergefecht mit mehreren Hundert Studenten haben gestern Polizei und Militär das Polytechnikum in Mexiko-Stadt besetzt. Bei den mehreren Stunden dauernden Zusammenstößen wurden ein Polizist und drei Studenten getötet und 60 Personen verletzt. Zahlreiche Studenten sind festgenommen worden.

Die Zusammenstöße hatten am späten Montagabend begonnen, als Studenten zehn städtische Omnibusse anhielten und in Brand setzten. Auf die anrückende Polizei eröffneten sie dann das Feuer aus Pistolen, das von den Polizisten erwidert wurde.

Später begann die Bereitschaftspolizei die Hauptgebäude des Polytechnikums zu stürmen, in denen sich über 3 000 Studenten verschanzt hatten. Die Besetzung gelang erst nach mehreren Stunden. Etwa 1 500 Polizisten und 1 000 Soldaten, die mit Panzerwagen anrückten, wurden dabei eingesetzt.

Dies war der bisher schwerste Zwischenfall in einer Reihe von Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Polizei. Anstoß zu den Unruhen gaben Beschwerden der Studenten gegen die Regierung und die Besetzung der Universität in Mexiko City durch die Polizei.

## Über gemeinsame Erklärung uneinig

**Heute beginnt große Bundestagsdebatte - Koalitionsparteien legen ihren Kurs fest**

**BONN (dpa).** Ein erstes interfraktionelles Gespräch zwischen Vertretern der CDU/CSU, der SPD und der FDP hat gestern noch keine Einigung über eine gemeinsame außenpolitische Erklärung gebracht, die am Ende der großen Debatte in dieser Woche vom Bundestag verabschiedet werden soll.

Mit der Erklärung ist beabsichtigt, die deutsche Friedenspolitik zu unterstreichen und auf den propagandistischen Druck der Sowjets gegen die Bundesrepublik zu antworten. Bundeskanzler Kiesinger wird heute im Bundestag eine Regierungserklärung zur Europa- und Sicherheitspolitik

abgeben und dann eine große Debatte eröffnen. Die Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD haben gestern ihr Arbeitsprogramm für den Rest dieser Legislaturperiode festgelegt und dabei unterschiedliche Akzente gesetzt. Übereinstimmend beschlossen jedoch

beide Fraktionen, daß der vorliegende Gesetzgebungskatalog nicht erweitert und der vom Bundeskabinett in der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahre 1972 gesetzte Finanzrahmen nicht überschritten werden soll.

Deutliche Unterschiede in der Akzentuierung der parlamentarischen Arbeit bis September 1969 ergaben sich in der Frage der Mitbestimmung.

## Endgültige Quoten

**Lotto: Gewinnklasse 1:** 9mal 422 096,15 DM, **Gewinnklasse 2:** 30mal 31 657,20 DM, **Gewinnklasse 3:** 1 635mal 2 904,30 DM, **Gewinnklasse 4:** 84 573mal 56,10 DM, **Gewinnklasse 5:** 1 458 781mal 3,25 DM.

**Toto: Ergebniswette:** 1. Rang: 2mal 159 235,30 DM, 2. Rang: 83mal 3 836,95 DM, 3. Rang: 1083mal 294,05 DM.

**Auswahl-Wette „6 aus 39“:** 1. Rang: entfällt, 2. Rang: 7mal 48 468,95 DM, 3. Rang: 234mal 869,95 DM, 4. Rang: 19 554mal 13,85 DM, 5. Rang: 225 478mal 2,40 DM. (Ohne Gewähr)



EINE CHARMANTE BOTSCHAFTERIN ihres Landes ist die persische Kaiserin Farah Diba. Zusammen mit ihrem Mann begannen sie gestern einen zehntägigen Staatsbesuch in der Sowjetunion. Das Paar wurde auf dem Flughafen von Sowjetpremier Kossygin, dem persischen Botschafter in Moskau und dem sowjetischen Außenminister Gromyko empfangen. Auf der Liste der Gesprächsthemen steht vorwiegend ein Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen.

## Gegen die Drittelparität

**Rektoren kritisieren schematische Festlegung in den Selbstverwaltungsgremien - Bestimmungen für Prüfungsordnung**

**BAD GODESBERG (dpa).** Die 64. Plenarversammlung der westdeutschen Rektorenkonferenz in Bad Godesberg hat sich erneut gegen eine schematische Festlegung der Beteiligung der an der Universität vertretenen Gruppen in den Selbstverwaltungsgremien zu je einem Drittel ausgesprochen.

Der Vorsitzende der Konferenz, der Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe, Professor Hans Rumpf, erklärte, daß die Forderungen nach je einer Drittelvertretung von Professoren, des sogenannten Mittelbaus und der Studenten in eklatantem Widerspruch zu den Grundsätzen der Kultusministerkonferenz von April 1968 stünden. Die Rektorenkonferenz hat Grund-

sätze für das Prüfungswesen aufgrund der Empfehlungen ihrer einschlägigen Arbeitsgruppe empfohlen. Darin ist festgelegt, daß Vor- und Zwischenprüfungen akademische Prüfungen sind. Die Rektoren wenden sich damit gegen staatliche Pläne, Zwischenprüfungen zum Bestandteil der Abschlußprüfungen zu machen.

Zu den Abschlußprüfungen wird festgestellt, daß sie von den für die wissenschaftliche Ausbildung verantwortlichen Hochschullehrern abgenommen werden sollen. Auch dies ist eine Absage an rein staatliche Prüfungen. Die Abschlußprüfungen sollen auf bestimmte Laufbahnen nur dann ausgerichtet sein, wenn sich Studiengänge an bestimmten Berufsleitbildern ausrichten.

der Lohnfortzahlung und des Wahlrechts. Die SPD kündigte ein Paket von folgenden vier Mitbestimmungsvorschlägen an: Begrenzung der Aufsichtsratsantennen, Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, ein Mitbestimmungssicherungsgesetz für den Montanbereich und ein Entwurf zur qualifizierten Mitbestimmung auf Unternehmensebene. Die CDU/CSU-Fraktion lehnt dagegen eine Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung ab und besteht nach wie vor auf einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes.

**Unterschiedliche Meinungen über Lohnfortzahlung**

Unterschiede bestehen innerhalb der Koalition auch über die Lohnfortzahlung. Während die SPD-Fraktion die Lohnfortzahlung für die Arbeiter mit unmittelbarem Anspruch gegen den Arbeitgeber will, aber keine Gesetzesinitiative in dieser Frage ergreifen wird, sieht die CDU/CSU-Fraktion die Lohnfortzahlung im Zusammenhang mit der Krankenversicherungsreform.

In der Frage der Wahlrechtsreform äußerte die CDU/CSU-Fraktion die Erwartung, daß die in der Regierungserklärung vereinbarte Koalitionsab-sprache eingehalten und noch in dieser Legislaturperiode für die Bundestagswahlen nach 1969 ein neues Wahlrecht grundgesetzlich verankert werde. Für die SPD kündigte der Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt einen außerordentlichen Parteitag im kommenden Frühjahr an.



**TOTE UND VERLETZTE** gab es bei den Zusammenstößen in Mexiko-Stadt. Die Polizei schoß scharf auf die vorwiegend jugendlichen Demonstranten, die sich in einem Universitätsgebäude verbarrikadiert hatten. Die Demonstranten warfen mit Molotow-Cocktails auf die Polizei.